

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
§ 1 Einführung	1
<i>A. Problembeschreibung</i>	1
I. Beispiele für Ablehnungen von Landeslisten vor Wahlen	4
II. Rechtsschutz vor der Bundestagswahl als Empfehlung der Wahlbewertungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	7
III. Rechtsschutz vor der Bundestagswahl als Empfehlung der Kommission zur Entlastung des Bundesverfassungsgerichts	11
IV. Bereits erfolgte Überprüfung von Wahlfehlern vor der Bundestagswahl	12
V. Zentrale Fragestellungen	13
<i>B. Forschungsstand und Kriterien für die zu untersuchenden Wahlfehler</i>	13
<i>C. Methodisches Vorgehen und Gang der Darstellung</i>	21
§ 2 Bestandsaufnahme des Rechtsschutzregimes im Wahlprüfungsrecht	25
<i>A. Zeitpunkt des Wahlprüfungsverfahrens</i>	25
I. Begründung des Zeitpunkts der Wahlprüfung durch das Bundesverfassungsgericht	25
II. Regelmäßig keine Entscheidungen durch Verwaltungsgerichte	26
III. Zustimmung durch den verfassungsrechtswissenschaftlichen Diskurs	27
IV. Fazit	28
<i>B. Exklusivität der Rechtsbehelfe des Wahlprüfungsrechts</i>	28
I. Entwicklung der Exklusivitätsthese durch das Bundesverfassungsgericht	29

1. Rechtsweggarantie aus Art. 19 Abs. 4 GG	30
2. Unzulässigkeit der Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG	32
3. Grenzen	32
4. Inkonsequente Rechtsprechungs begründung in den Anfangsjahren	33
5. Rezeption der Exklusivitätsthese	42
6. Fazit	45
II. Andere Ansätze: Rechtsschutzlücken durch Exklusivität	45
III. Fehlen einer eigenständigen Positionierung	48
IV. Fazit	49
<i>C. Zwischenergebnis</i>	50
§ 3 Historische Ursprünge der Wahlprüfung	53
<i>A. Wahlprüfung als Gegenstand der Beratungen des Grundgesetzes</i>	53
<i>B. Fehlende Auseinandersetzung mit einer vor der Wahl stattfindenden Wahlprüfung im vorkonstitutionellen Recht</i>	55
<i>C. Zwischenergebnis</i>	65
§ 4 Wahlprüfung als exklusive Aufgabe des Bundestags	67
<i>A. Wahlprüfung als Regelungsgegenstand</i>	67
I. Bedeutungsgehalt des Begriffs der „Wahlprüfung“	68
1. Möglichkeit von Zwischenprüfungen	69
2. Wahl als Prozess verschiedener Phasen	70
3. Fazit	71
II. Indizien zum Begriffsverständnis aus dem Wahlprüfungsgesetz	71
1. Gültigkeit als nicht zwingend nachträgliche Kontrolle	72
2. Verletzung von Rechten bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl	74
3. Kein Entgegenstehen von § 2 Abs. 4 S. 1 WahlPrüfG	76
4. Fazit	77
<i>B. Grundgesetzliche Vorgaben bezüglich der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen altem und neuem Bundestag</i>	78
I. Zusammentritt des neuen Bundestags, Art. 39 Abs. 1 S. 2 GG	78
II. Diskontinuitätsgrundsatz	79
III. Indizwirkung der Kompetenzprüfung des Bundestags zur Wahlprüfung der Wahl der deutschen Abgeordneten zum Europäischen Parlament, § 26 EuWG	82

IV. Fazit	83
<i>C. Zuordnung der Wahlprüfung zum Bundestag als Ausdruck der funktionsadäquaten Institutionenordnung</i>	84
I. Zum Konzept einer funktionsadäquaten Institutionenordnung	84
II. Bundestag und Bundesverfassungsgericht als verfassungsrechtlich zulässige Organe der Wahlprüfung	88
1. Verfahren im Bundestag	88
2. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	95
3. Beibehaltung des zweistufigen Wahlprüfungsverfahrens im Zeitpunkt vor der Wahl	97
III. Fazit	100
<i>D. Exklusivität der Wahlprüfung als verfassungsrechtliche Grundentscheidung</i>	100
I. Fachgerichtlicher Rechtsschutz und außergerichtliche Rechtsbehelfe	101
1. Verwaltungsrechtsschutz	101
a) Rechtsbehelfe des Verwaltungsrechtsschutzes	101
b) Ausgestaltung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes vor der Wahl	103
c) Ablehnung des Verwaltungsrechtsschutzes trotz grundsätzlicher Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	105
aa) Verhältnis von Art. 41 GG und Art. 19 Abs. 4 GG	107
bb) Rolle von § 49 BWahlG	112
cc) Keine Endgültigkeit des Verwaltungsrechtsschutzes	113
d) Fazit	114
2. Rechtsschutz nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung	114
a) Besetzung der Wahlausschüsse	115
aa) Wahlleiterinnen und Wahlleiter	115
bb) Beisitzerinnen und Beisitzer	117
b) Entscheidungsfindung und Entscheidungswirkung	119
c) Fazit	121
II. Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht	121
1. Nichtanerkennungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4c GG, §§ 13 Nr. 3a, 96a ff. BVerfGG	121
a) Unzureichende Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten	123
b) Begrenzung des Verfahrensgegenstandes	126
c) Fazit	128
2. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG	129

3. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG	130
4. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG	132
a) Einstweilige Anordnung auf Grundlage einer Verfassungsbeschwerde wegen Maßnahmen der Wahlorgane	135
aa) Fragliches Rechtsschutzbedürfnis	137
bb) Keine zwingende Notwendigkeit für die Verfassungsbeschwerde	138
cc) Fazit	139
b) Regelmäßige Unzulässigkeit der Rechtssatzverfassungsbeschwerde aufgrund von Fristversäumnissen	140
5. Fazit	141
III. Änderung der Anwendungspraxis von Art. 41 GG durch Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen?	141
1. Verfahrensgeschichte	141
2. Entscheidungsgründe des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen	142
3. Kritische Würdigung der Entscheidung	145
4. Übertragbarkeit auf die Rechtslage vor einer Bundestagswahl	148
IV. Fazit	152
<i>E. Zwischenergebnis</i>	152
§ 5 Wahlprüfung als individualprozessuale Absicherung des demokratischen Wahlsystems	155
<i>A. Wechselwirkungen der Wahlprüfung vor der Wahl und des Demokratieprinzips, Art. 20 Abs. 1, 2 GG</i>	155
<i>B. Bedeutung der Wahlrechtsgrundsätze für das Wahlprüfungsverfahren, Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG</i>	158
I. Unmittelbarkeit der Wahl	159
II. Freiheit der Wahl	160
III. Gleichheit der Wahl	161
IV. Fazit	163
<i>C. Wahlprüfung vor der Wahl als Bestandssicherung des demokratischen Wettbewerbs</i>	164
I. Demokratie als Wettbewerb	164
II. Existenz von Kartellparteien als Untergrabung des Wettbewerbsgeschehens?	168

III. Fazit	172
<i>D. Abgrenzung zur Prüfung des Abgeordnetenstatus</i>	172
<i>E. Wahlprüfung vor der Wahl als Teil des effektiven Rechtsschutzregimes für Bundestagswahlen</i>	173
I. Steigerung der Effektivität	173
II. Indizien für die Effektivität des Rechtsschutzes aus anderen Gesetzen	178
1. Einstweilige Anordnung vor der Wahl, § 42a VerfGG Berlin . . .	178
2. Wahlprüfung im Arbeitsrecht, § 19 Abs. 1 BetrVG und §§ 21, 22 MitBestG	181
3. Fazit	183
<i>F. Zwischenergebnis</i>	183
§ 6 Mit dem Zeitpunkt der Wahlprüfung vor der Wahl kollidierende verfassungsrechtliche Erwägungen	185
<i>A. Mangelnde Gewährleistung der Abbildung des Willens der Partei und des Volkes, Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG</i>	186
<i>B. Beeinträchtigung des Wahlvorschlagsrechts der Parteien, Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG</i>	188
<i>C. Erhöhung von Unwägbarkeiten während des gesamten Wahlverfahrens</i>	190
<i>D. Schwierigkeiten für neue Gruppierungen und kleine politische Vereinigungen</i>	192
<i>E. Zwischenergebnis</i>	194
§ 7 Perspektiven der praktischen Umsetzung	195
<i>A. Integration der Wahlprüfung in die bisherigen Fristen des Wahlverfahrens</i>	195
<i>B. Vorverlegung der Fristen des Wahlverfahrens</i>	198
I. Vorüberlegungen	199
II. Vorschlag für eine konkrete zeitliche Ausgestaltung	202
III. Vorschlag für die sonstige verfahrensrechtliche Ausgestaltung	205
<i>C. Zwischenergebnis</i>	207

§ 8 Zusammenfassung in Thesen	209
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Vergleich der Termine und Fristen nach der aktuellen Rechtslage und nach dem in dieser Arbeit unterbreiteten Vorschlag sowie für die unverändert gebliebenen Termine und Fristen des Wahlverfahrens	217
Literaturverzeichnis	221
Stichwortregister	239